

Auf eigenem Kurs

Die Diskussion um EU – Sanktionen gegen Russland veranschaulicht:

Frankreich befindet sich außerhalb Europas

Memorandum N° 24
August 2014

Während Wirtschaftsminister und Vizekanzler Sigmar Gabriel keine Gelegenheit auslässt, um gegen deutsche Waffenexporte zu wettern, eine restriktivere Exportpraxis in Aussicht stellt und damit die auf Exporte angewiesenen Hersteller aus dem Standort Deutschland vertreibt, beraten in Brüssel die EU-Botschafter der großen europäischen Mitgliedsländer über die Modalitäten von Sanktionen gegen Russland.

London fürchtet um die Internationalität des Finanzplatzes London.

Österreich betreibt eine Politik des Appeasements. Und das angeblich so eng mit Russland verflochtene Deutschland versucht durch das Auswärtige Amt die Quadratur des Zirkels: Also die Einheit Westeuropas in der Ukraine Krise durch glaubwürdige Sanktionen unter Beweis zu stellen.

Von vornherein ausgesichert ist Frankreich. Dies hat Gabriel, der für die deutsche Wehrtechnik zu einem Standortnachteil geworden ist, vollständig übersehen. Unisono wehrt sich die französische Republik gegen jedwede Beschränkung ihrer Waffenexportpolitik gegenüber Russland. Zwei Hubschrauberträger vom Typ Mistral liegen fast fertig in Saint-Nazaire. Zwei weitere können geordert werden. Jeder ist für sich genommen 1 Milliarde Euro wert und der französischen Politik, die diesen Deal unter Sarkozy eingefädelt hat, wichtiger als europäische Solidarität. Zwar lässt das französische Außenministerium verlauten, dass man theoretisch die Verträge mit Russland annullieren könnte. Doch denkt niemand in der französischen Politik ernsthaft daran, weil dann die Rückerstattung der bereits geleisteten Anzahlung fällig würde. Währenddessen üben 400 Mitglieder der russischen Marine auf den Großschiffen in Saint-Nazaire, die den stolzen Namen Vladivostok und Sebastopol tragen sollen.

Auch hier redet Gabriel französischen Interessen das Wort. Wenn für die betroffenen Unternehmen ein Waffenboykott Europas gegenüber Russland mit ernsthaften Konsequenzen verbunden wäre, müsse man über finanzielle Kompensationen reden.

Die Deutsche Stiftung Wissenschaft und Politik, bekannt für ihre Nähe zum Auswärtigen Amt, fand sich nicht zu schade, die für Russland gebauten Hubschrauberträger, die für Landungsunternehmen besonders geeignet sind, schließlich doch in Frankreich in Dienst zu stellen und Europa dafür bezahlen zu lassen.

Kein Land der Europäischen Union erhebt einen Führungsanspruch wie Frankreich. Kein Land verfolgt ungeniert eine so nationalistische Politik wie eben jene französische Republik, die im Gewande Europas nicht aufhört, an den eigenen Universalismus zu glauben und sich frei zu fühlen von jedweder europäischen Solidarität.